«Wir müssen über unsere Löhne reden»

Sissach/Bern | Maya Graf (Grüne) redet am Samstag an der Kundgebung «Lohngleichheit jetzt!»

Als Co-Präsidentin der Frauendachorganisation Alliance F steht Maya Graf am Samstag bei der nationalen Demonstration «Lohngleichheit jetzt!» auf der Bühne. Im Interview mit der «Volksstimme» sagt sie, dass den Frauen 7,7 Milliarden Franken entgehen.

Adriana Gubler

Um gegen die Ungerechtigkeit in der Lohnfrage zwischen Mann und Frau zu demonstrieren, schreiten zahlreiche Personen am Samstag von der Berner Schützenmatte bis zum Bundesplatz. Für die Sissacher Nationalrätin Maya Graf, die im November des vergangenen Jahres als Co-Präsidentin von Alliance F gewählt wurde, ist es der erste grosse Auftritt in diesem Amt. Die Frauendachorganisation hat die Kundgebung überhaupt erst initiiert.

«Volksstimme»: Frau Graf, haben Sie eine scharfe Rede parat für die nationale Demo «Lohngleichheit jetzt!» von morgen Samstag in Bern?

Maya Graf: An der Kundgebung wird es 14 Kurzreferate geben, daher ist für jedes einzelne nur zwei Minuten vorgesehen. Zudem werde ich gemeinsam mit Kathrin Bertschy auf die Bühne treten – meine Redezeit ist also noch kürzer. Mir ist wichtig, dass über 40 Organisationen aus Wirtschaft oder etwa Politik an der Kundgebung mitwirken. Ich will deshalb in meiner Rede darauf hinweisen, dass wir alle zusammen für die Lohngleichheit einstehen müssen, weil wir nicht länger bereit sind, auf die Umsetzung des Verfassungsauftrags zu warten.

Verspüren Sie eine gewisse Nervosität – oder kennen Sie als erfahrene Polit-Frau und ehemalige Nationalratspräsidentin dieses Gefühl gar nicht mehr?

Ich bin positiv angespannt, aber vor allem freue ich mich auf den morgigen Tag. Ich wünsche mir aus tiefstem Herzen, dass sich an diesem laut Wetterprognosen schönen Frühlingstag viele Frauen und Männer in den Zug setzen und anstelle einer Shoppingtour an der Kundgebung teilnehmen werden. Die Kundgebung am Samstag wird super organisiert sein, unsere Geschäftsführerin Regula Zweifel und die Gewerkschaften haben viel Erfahrung.

Ist die Lohngleichheit in Ihren Augen das dringendste Anliegen der Frauen in der Schweiz?

Bundesrätin Simonetta Sommaruga hat im vergangenen Jahr den Lohngleichheitsdialog, der seit 2007 geführt worden war, als gescheitert erklärt, da nur wenige Unternehmen mitgemacht haben. Dabei verdienen Frauen in der Schweiz auch heute noch im Schnitt jährlich 8,7 Prozent weniger als Männer, allein wegen ihres Geschlechts. Das ist ein Skandal und der aktuelle Anlass. Wir wollen mit der Kundgebung sagen: «So kann es nicht weitergehen.» Es müssen Massnahmen ergriffen werden.

Welche Massnahmen?

Lohnprüfungen in grossen Unternehmen, wie es der Bundesrat vorschlägt. Aber auch mehr Transparenz in der Lohnfrage. Ein Instrument dafür sind beispielsweise die Stelleninserate. Darin soll die Lohnsumme direkt publiziert werden, so wäre diese unabhängig des Geschlechts festgesetzt. Zur Transparenz gehört aber auch, dass man innerhalb eines Unternehmens über die Löhne redet.

In der Schweiz wird daraus oft ein Geheimnis gemacht.

Genau – und das ist ein grosser Nachteil für die Frauen, die bereits beim Einstieg ins Berufsleben bei gleicher Ausbildung weniger Lohn als ihre männlichen Kollegen erhalten. Ein anderes Mittel ist der Elternurlaub. Island hat gute Erfolge erzielt mit diesem Modell. Dieses beinhaltet einen Vater- und Mutterschaftsurlaub, der gleichmässig verteilt ist. Damit entfällt bei der Anstellung von Frauen der Nachteil eines möglichen Mutterschaftsurlaubes.

Wie kann die Kundgebung von morgen Samstag zu diesen Massnahmen beitragen?

Die Lohngleichheit wird öffentlich thematisiert und Druck aufgebaut. Das Thema muss auf der politischen Agenda bleiben.

Im November 2014 wurde Maya Graf als Co-Präsidentin von Alliance F gewählt, am Samstag steht ihr der erste grosse Auftritt in dieser Rolle bevor. Bild zvg

Sie befürchten, dass wegen des starken Frankens und der drohenden Wirtschaftskrise die Anliegen der Frauen auf der Strecke bleiben. Wie ist das zu verstehen?

Wegen der Frankenstärke und der Verunsicherung in der Wirtschaftswelt haben sich einzelne CEOs bereits dahingehend geäussert, dass jetzt andere Probleme Vorrang haben. Es kann doch nicht sein, dass wir nur über Lohngleichheit diskutieren, wenn es unserer Wirtschaft gutgeht. Denn die Wirtschaft braucht top ausgebildete Frauen. Verdienen Frauen weniger, als ihnen zusteht, wirkt sich das auf die Haushaltskasse und die Altersrente aus. Wirtschaftlich unabhängige Frauen entlasten den Staat. Heute entgehen den Frauen jährlich 7,7 Milliarden Franken aufgrund der Diskriminierung. Verheerend. Lohngleichheit ist nicht nur ein Akt der Gerechtigkeit, sie ist volkswirtschaftlich relevant. Das muss endlich in die Köpfe.

Mit wie vielen Demonstrationsteilnehmern rechnen Sie morgen Samstag?

Das ist ganz schwierig zu sagen. Wenn 10 000 Personen nach Bern kommen, bin ich sehr glücklich.

Erhoffen Sie sich Unterstützung auch von männlichen Demonstrationsteilnehmern?

Ich bin realistisch und rechne nicht mit sehr vielen Männern, wobei diese sehr willkommen sind. Denn Lohngleichheit ist ein Gesellschaftsproblem. Wir haben aber vor allem bei den Frauenorganisationen mobilisiert. Toll ist, dass sich sämtliche Parteien ausser der SVP der Kundgebung angeschlossen haben.

Wie wird Alliance F das Thema Lohngleichheit nach der Kundgebung weiterverfolgen?

Die Lohngleichheit muss ein Thema bleiben, bis sie gelöst ist. Dafür werden wir sorgen.

Ist nun in jedem Jahr mit einer Demonstration rund um den Internationalen Frauentag zu rechnen?

Wenn sich nichts ändert, prüfen wir das sicher. Die letzte grosse Kundgebung von Frauenorganisationen war 2008. Die Solidarität zu Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf war damals der Anlass. Wir werden dieses Mittel der öffentlichen Kundgebung gezielt einsetzen, wenn es Sinn hat.

Abstimmungen lassen Baselbieter kalt

Baselbiet | Nach den Gesamterneuerungswahlen steht am Sonntag erneut der Gang zur Urne an

Am Sonntag stimmen die Baselbieter über zwei eidgenössische und vier kantonale Vorlagen ab. Nachdem bei den letzten Abstimmungen jeweils gut jeder Zweite zur Urne schritt, könnte es dieses Mal zu einer Beteiligungsschlappe kommen.

Sina Freiermuth

Vier Wochen ist es her, seit die Baselbieter Bevölkerung die Kantonsspitze neu gewählt hat. Beinahe jede zweite Strassenlaterne war mit einem Wahlplakat versehen und machte auf die Gesamterneuerungswahlen des Regierungs- und Landrats aufmerksam. Am Sonntag können die Baselbieter erneut zur Urne schreiten: Zwei eidgenössische und vier kantonale Vorlagen liegen vor. Anders als bei den Wahlen vor vier Wochen herrscht vor der jetzigen Abstimmung die grosse Ruhe.

Dem Baselbiet droht eine Beteiligungsschlappe. Schon bei den Regierungsrats- und Landratswahlen war die Wahlbeteiligung gering: Nur jeder Dritte wollte die Zusammensetzung von Exekutive und Legislative mitbestimmen und füllte den Wahlzettel aus. Noch weniger könnten es am Sonntag sein: Mehrere Baselbieter Gemeinden rechnen mit einer geringen Stimmbeteiligung. «Bis jetzt sind noch nicht viele briefliche Stimmen eingegangen», sagt der Waldenburger Gemeindeverwalter Markus Meyer. «Bis Sonntag kann sich dies jedoch noch ändern», ergänzt er. Wie viele Kurzentschlossene ihren Stimmzettel in die Urne werfen, könne man schlecht voraussagen. Jedoch sei ihm aufgefallen, dass dies in den letzten Jahren immer weniger getan haben. «Vermutlich gibt es keinen riesigen Rücklauf der Stimmkuverts», so Meyer.

Tiefere Werte als im letzten Jahr

Zu früh für eine Prognose findet es Peter Vögeli aus Kilchberg: Der Gemeindeschreiber will noch keine Auskunft über die bisher eingegangenen Kuverts geben. Die Gemeinde Kilchberg, die traditionell eine der höchsten Stimmbeteiligungen im Kanton vorweist. Mit 61,21 Prozent bei den Wahlen von vergangenem Februar lag sie klar über dem Schnitt, der bei gut 33 Prozent lag.

Bei den letzten eidgenössischen Abstimmungen im November 2014 warf jeder zweite Baselbieter seinen Zettel in die Urne. Eine noch höhere Stimmbeteiligung wurde Mitte Mai letzten Jahres verzeichnet: Über die Mindestlohn-Initiative und die Vorlage zu den Gripen-Kampfflugzeugen gaben jeweils 55,32 Prozent der Baselbieter ihre Stimme ab.

«Die Werte der letzten Abstimmungen werden wir nicht erreichen», sagt die Sissacher Gemeindeverwalterin Renate Boog. Bis gestern Morgen seien 20 Prozent der Stimmen eingegangen, was sich bis Sonntag noch auf über 30 Prozent belaufen könne. Im Vergleich zu den letzten Abstimmungen wird die Stimmbeteiligung zwar deutlich tiefer ausfallen, jedoch gebe es keine Negativ-Rekordwerte. Somit würde der Wert vom Mai 2006 überschritten, als lediglich 22 Prozent über eine Neuordnung der Verfassungsbestimmungen zur Bildung abgestimmt haben. Begibt man sich noch weiter zurück, stösst man auf deutlich tiefere Werte: Etwa 1962, als lediglich 14,37 Prozent über eine Schulgesetzänderung abstimmten – damals gab es jedoch noch keine briefliche Abstimmung.

Renate Boog sieht die Ursache für den geringen Rücklauf der aktuellen Stimmkuverts nicht in den Vorlagen, sondern im Wahl- und Abstimmungskalender: Innerhalb von vier Wochen zwei Mal den Zettel auszufüllen, sei zu nahe aufeinander. Wie viele den Weg zum Briefkasten oder zur Urne trotzdem finden, wird sich am Sonntag zeigen.